

Helmut Jacob

Vortrag für die HEIMKINDER-KONFERENZ - 14. Juni 2014 – Münster/Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die „Freie Arbeitsgruppe Johanna-Helene-Heim 2006“ vertritt behinderte ehemalige Kleinkinder und Schulkinder. Es handelt sich hier um ein Heim der damaligen „Orthopädischen Anstalten Volmarstein“ bei Hagen. Heute ist diese Anstalt als „Evangelische Stiftung Volmarstein“ deklariert, was der Einrichtung einen moderneren Anstrich, also mehr Schein als Sein, gibt.

Die Arbeitsgruppe besteht aus neun Mitgliedern, davon fünf Heimopfern und vier ehemaligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dieser Einrichtung. Über die Verbrechen auf den Kinderstationen und in den Schulräumen des Johanna-Helene-Heimes muss ich nicht viele Worte verlieren. Sie sind umfangreich dokumentiert in dem Buch der Historiker Schmuhl/Winkler mit dem Titel: „Gewalt in der Körperbehindertenhilfe – Das Johanna-Helene-Heim in Volmarstein von 1947 bis 1967“. Allerdings hat die Arbeitsgruppe selbst Recherchen angestellt, die sich übrigens mit den Ergebnissen der Historiker decken. Sie finden diese auf der Homepage der Gruppe. Die Eingabe der Stichwörter „Gewalt im JHH“ führt Sie ans Ziel.

Der Vertrag mit dem Historiker-Duo kam unter Zwang zustande. Die Arbeitsgruppe entschloss sich schon 2008 zur Dokumentation ihrer Arbeit auf besagter Homepage. Unsere Forderungen sind konkret: 400,00 € Opferrente bis zum Lebensende oder 54.000,00 € in bar. Diese Forderungen sind angesichts der Verbrechen human. Schließlich wurden Kleinkinder und Schulkinder physisch, psychisch und sexuell missbraucht. Auf der Homepage finden Sie Interviews mit etwa 20 Opfern. Sie zu lesen erfordert allerdings starke Nerven.

Die Opferrente ist darum wichtig, um bei erneuter Heimeinweisung, nun ins Altenheim, das Pflegepersonal zu bestechen, es milde zu stimmen. Denn machen wir uns nichts vor: In den Pflegeheimen ist auch heute noch Gewalt auf der Tagesordnung. Da ist der Pflege-TÜV eher ein lächerliches Siegel.

Unsere Forderungen decken sich wesentlich mit denen des „Vereins ehemaliger Heimkinder e. V.“ wobei wir behinderungsbedingt den Betrag für die Opferrente erhöht haben. Diese Forderungen sind übrigens von einer Mehrheit aller Heimopfer getragen. Es haben zwei Internetabstimmungen stattgefunden. Um die 90 % haben diesem Begehren zugestimmt.

Heute sind diese Forderungen für uns nicht mehr aktuell. Andere Länder zahlen wirkliche Entschädigung, die den Begriff „Entschädigung“ verdient. Es muss eine Angleichung an diese Opferentschädigungen stattfinden.

Die Zahlungen aus den Opferfonds von Bund, Ländern und Kirchen empfinden viele Opfer als erneute Demütigung. Es ist bekannt, dass lediglich circa 1 % der westlichen Heimopfer ihre Anträge gestellt haben. Noch einmal lassen sie sich nicht verhöhnen.

Zu diesem Fonds kam es durch umfangreiche Betrugsmanöver am „Runden Tisch Heimerziehung“ in Berlin. Die Tischvorsitzende Antje Vollmer blockte jeden Versuch ab, die Realität in den Heimen in den Nachkriegsjahrzehnten nachzuzeichnen. Kritische Eingaben in schriftlicher und mündlicher Form wurden schlichtweg ignoriert. Als nach einem halben Jahr absehbar war, dass auch die sogenannten Opfervertreter manipuliert wurden, forderte der „Verein ehemaliger Heimkinder“ anwaltliche Vertretung. Dies wurde sowohl gerichtlich als auch am Runden Tisch abgelehnt. So kam, was kommen musste: Trotz vieler wissenschaftlicher Beiträge über die Nachkriegsjahrzehnte verneinte der Runde Tisch systematische Gewalt in den Heimen und schlug eine sogenannte Entschädigung von maximal 5.000,00 € vor. Die Begründung lautet: Man wolle die jüdischen Zwangsarbeiter in den Kriegsjahren nicht brüskieren.

Drei ständig anwesende sogenannte Opfervertreter und drei Stellvertreter, die übrigens 18 Juristen gegenüber saßen, sollten den Abschlussbericht unterzeichnen. Einer weigerte sich wohl. Und so

trat laut Berichten Frau Vollmer vor die Tür des Verhandlungszimmers und meinte, etwa sinngemäß: „Wenn ihr nicht unterschreibt, bekommt ihr gar nichts!“ So wurde der Abschlussbericht einstimmig verabschiedet.

Allerdings haben sich inzwischen fünf sogenannte Opfervertreter von diesem Bericht distanziert. Sie schämen sich teilweise dafür, dass sie über den Tisch gezogen wurden.

Der „Runde Tisch Heimerziehung“ war eine Farce.

Es gilt noch einmal zu resümieren: Es herrschte flächendeckende Gewalt in den Heimen, zumindest unter kirchlicher Trägerschaft. Im Internet sind keine Berichte zu finden, in denen Heime in den Nachkriegsjahrzehnten beschrieben werden, die ohne Gewalt geführt wurden. Zunehmend wird auch deutlich, dass die sexuellen Missbräuche in den Heimen nicht selten waren. Im Johanna-Helene-Heim reichte die Palette von unsittlichen Berührungen über Masturbationspraktiken an pubertierenden Kindern, homosexuell geprägten Handlungen bis hin zu Vergewaltigung. Dazwischen finden sich reichliche sexuelle Bloßstellungen und Demütigungen. Es besteht kein Zweifel mehr an diesen Verbrechen. Sie wurden in vielen Büchern umfangreich dokumentiert. Dies alles konnte nur funktionieren, weil alle Aufsichtsorgane, aber auch wirklich alle, nicht funktioniert haben. Die städtischen – und Kreisjugendämter, die Landesjugendämter, die Heimleitungen und die Kirchenleitungen haben komplett versagt. Dass sich alle heute hinter dem Opferfonds verstecken, ist eine erneute Misshandlung aller Opfer. Das muss ausdrücklich betont werden. Ein Skandal ist es auch, dass bis heute Behinderte, Kleinkinder und Säuglinge, zu Recht oder Unrecht in die Psychiatrie eingewiesen wurden, keinen Cent an Kompensationsleitungen erhalten. Wie verkommen muss die Moral von Kirchen und Politikern sein, die dagegen nicht aufschreien.

Die Forderung an die Bundesregierung und an die Länderkammern kann nur lauten: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dieser soll zum einen die tatsächliche Gewalt in den Heimen aufzeigen. Zum anderen ist aber auch die Arbeit des „Runden Tisches Heimerziehung“ mit den zahlreichen Manipulationen zu untersuchen. In Anhörung der jeweiligen Ausschüsse müssen sowohl Zeitzeugen, als auch Opfer, als auch Erziehungswissenschaftler und solche Personen aussagen können, die diese Verbrechen umfangreich dokumentiert haben.

Bis zur Instandsetzung der Untersuchungsausschüsse müssen die Opferleistungen drastisch erhöht werden. Die Täternachfolger setzten auf die biologische Lösung. Je mehr Opfer sterben, desto leiser werden die Schreie der Geschundenen und Gequälten.

Meine Damen und Herren, setzen Sie diesem schändlichen Treiben ein Ende.